

Wir haben erfahren, dass die CDU-Fraktion zusammen mit dem „Wendehals“ Ferrat einen Antrag für die Gemeinderatssitzung vom 11. bis 13. Dezember 2017 eingebracht hat, der die vollständige Streichung des jährlichen Zuschusses für das Jugendzentrum in Selbstverwaltung „Friedrich Dürr“ (JUZ) beinhaltet.

Die CDU hat immer wieder versucht, dem JUZ den Garaus zu machen, oft unterstützt von entsprechender Stimmungsmache im Lokalblatt Mannheimer Morgen. Über die Jahre hinweg, insgesamt 43 (!) versuchte die CDU immer mal wieder das JUZ mit Demagogie und allen möglichen Kriminalisierungsversuchen zum Verschwinden zu bringen.

Jetzt erhofft sich die CDU, in der bevorstehenden Abstimmung die notwendige Stimmenzahl, um ihrem schon seit Jahren verfolgten reaktionären Ziel endlich näher zu kommen.

Der aktuelle Versuch reiht sich ein in eine Strategie verschärfter Repression im Inneren gegen progressive Tendenzen und Freiräume quer durch die gesamte Republik. Und dieser Angriff ist andererseits gepaart mit einer laxen bis wohlwollenden Politik gegenüber offen rechten, faschistoiden und neofaschistischen Parteien, Organisationen und einzelnen Individuen. Das JUZ stand von Beginn an, seit 1973 für eine herrschaftskritische und emanzipatorische Praxis. Hier existierte immer eine reale Möglichkeit, ein Raum, um über reaktionäre faschistische und rassistische Tendenzen aufzuklären und eine Gegenwehr zu entwickeln. Das war und ist der konservativen CDU, die stets mit weit nach rechts driftenden Gruppen auf verschiedene Weise offen oder auch verdeckt kungelt, notfalls mit Hilfe des so genannten zwielfichtigen Verfassungsschutzes, ein Dorn im Auge.

Die CDU und CSU sind seit ihrer Gründung Parteien, die immer mit reaktionären Kräften in Deutschland und in anderen Ländern paktieren, wenn es ihren Interessen nützt. Letzere wiederum sind vorrangig an den Kapitalinteressen orientiert.

Das „C“ für **christlich** und „D“ für **demokratisch** ist eher Schein als Sein. Wirklich sozial und christlich (im Sinne einer Kirche von unten, die sich für die sozialen Belange der Ausgebeuteten und Unterdrückten engagiert) und demokratisch war die CDU tatsächlich nie. Dazu war sie schon in ihrer Gründungszeit unter dem Bundeskanzler Adenauer viel zu sehr von Alt-Nazis, wie Globke (Jurist und Kommentator der faschistischen „Rasse“-Gesetze), Gehlen (Nazi-Geheimdienstchef) und Filbinger (der noch kurz vor dem Ende des 2. Weltkriegs als Marine-Richter Todesurteile gegen Soldaten wegen Fahnenflucht verhängte), geprägt.

Die gegen Linke oft benutzte antikommunistische Extremismus“theorie“, die von der Mannheimer CDU-Fraktion bemüht wird, um ihren Streichungsantrag zu begründen, ist der verlogene Versuch, das JUZ in eine reaktionäre pseudowissenschaftliche Schublade zu stecken, zu stigmatisieren und öffentlich an den Pranger zu stellen.

Diffamiert wird auf verlogene und wahrheitswidrige Weise ein Jugendzentrum, in dem von Anfang an der praktische Versuch läuft, eine wirkliche Alternative zur bestehenden herrschaftskonformen Jugendarbeit, die oft unkritisch und konsumorientiert ist, zu entwickeln.

Seit einigen Jahren erfahren nicht wenige jugendliche Geflüchtete, die aus verschiedenen Ländern kommend in Deutschland Schutz suchen, im JUZ praktische Solidarität. Dies allein schon ist ein Lichtblick in einem Land, wo nach einer kurzen Unterbrechung von wenigen Monaten eine inhumane Politik der Ausgrenzung und Entrechtung von geflüchteten Menschen zunehmend Platz greift.

Das Bündnis gegen Abschiebungen Mannheim verurteilt den von der CDU gestellten Streichungsantrag und fordert den Gemeinderat auf, diesen Antrag abzulehnen.

Juz bleibt!

Bündnis gegen Abschiebungen Mannheim